

„Ein politischer Flächenbrand ist nicht zu erwarten“

BZ-INTERVIEW mit Hanna Böhme und Stefan Peters zur der Situation deutscher Unternehmen in China und den Folgen des geringeren Wachstums

Im ersten Quartal verbuchte China mit 6,1 Prozent das langsamste Wachstum seit anderthalb Jahrzehnten. Zum zweiten Mal in Folge lag es unter der Acht-Prozent-Markte, die Peking als Minimum zur Sicherung der sozialen Stabilität bezeichnet. Befindet sich China in einer Krise oder legt der Aufschwung nur eine Pause ein? Bernd Kramer sprach mit Hanna Böhme, Geschäftsführerin des Pekinger German Centre, einer Tochtergesellschaft der Landesbank Baden-Württemberg, und Stefan Peters von der Rechtsanwaltskanzlei Graf von Westphalen.

BZ: Frau Böhme, Herr Peters, macht sich das geringere Wachstum schon bei den Niederlassungen badi-scher Mittelständler bemerkbar?

Peters: Man muss da unterscheiden. Mittelständler, die in China für den chinesischen Markt produzieren, geht es nach wie vor nicht schlecht. Unternehmen, die dagegen in China für den deutschen oder andere ausländische Märkte fertigen lassen, haben deutlich mehr Schwierigkeiten. Hinzu kommen



Hanna Böhme

jene chinesischen Tochterfirmen, deren deutsche Mütter unter Druck geraten sind. Dort werden verstärkt Restrukturierungsmaßnahmen durchgeführt.

Böhme: Wir haben im German Centre derzeit eine weiterhin hohe Nachfrage nach Bürofläche. Es sind vor allem Unternehmen, die technisch anspruchsvolle und qualitativ hochwertige Güter herstellen, die kommen wollen. Die Ansiedlung solcher Unternehmen ist von der chinesischen Regierung nach wie vor gewünscht. Die Nachfrage nach den Produkten ist auch da – zum Beispiel nach Medizintechnik. Im Allgemeinen ist die Stimmung in China aber deutlich besser als in Deutschland.

BZ: Rechnen Sie mit einem Rückgang deutscher Investitionen?

Peters: Auch hier muss man differenzieren: Hersteller von Billigprodukten werden sich zurückhalten. China ist kein Land mehr, wo man billig investieren kann. Für viele kleinere Unternehmen rechnet sich ein Engagement in China nicht, sofern man sich nicht von chinesischen Konkurrenten abhebt. Ein höheres Engagement als früher erwarte ich von Un-

ternehmen, die ein qualitativ hochwertiges Produkt in China anbieten möchten, da es für diese Produkte nunmehr verstärkt eine Nachfrage gibt

Böhme: Vorausgesetzt, man hat in Deutschland noch genügend Kapital, um die Investitionen zu finanzieren.

BZ: China hat ein großes Konjunkturprogramm aufgelegt. Wer profitiert davon?

Böhme: Ein großer Teil geht in die ländlichen Regionen. Dort soll die Infrastruktur, also zum Beispiel Straßen- und Schienenverbindungen, ausgebaut werden. China leidet nach wie vor unter den krassen Einkommensunterschieden zwischen den boomenden Regionen an der Küste und um Peking und dem Rest des Landes. Eine bessere Infrastruktur soll helfen, diese Ungleichheit abzumildern. Außerdem will der Staat jene Wirtschaftszweige fördern, die er für besonders bedeutend hält: zum Beispiel den Maschinenbau, die Autoindustrie, die Werften oder die Erdölverarbeitende Industrie.

BZ: Also Subventionen für als strategisch wichtig geltende Wirtschaftsbereiche – wettbewerbsverzerrende Industriepolitik



Stefan Peters

nennt man das hierzulande.

Peters: Wenn in China ein Staatsunternehmen als für die ökonomische Entwicklung entscheidend eingestuft wird, greift ihm der Staat auch unter die Arme.

Böhme: Wobei die staatlichen Unternehmen nicht mehr der Motor des Wachstums sind. 75 Prozent der neuen Jobs entstehen im privaten Bereich, die Privatunternehmen

stehen für 65 Prozent des Wachstums.

BZ: Beobachter rechnen mit politischen Spannungen. Wanderarbeiter werden auf die Straße gesetzt, auch die Mittelschicht, die vom Aufschwung profitiert hatte, muss sich mit geringeren Einkommenszuwächsen zufriedengeben.

Böhme: Es besteht die Gefahr, dass es zu Konflikten kommen wird, das weiß auch die chinesische Regierung. Aber nach meiner Einschätzung werden die Konflikte wie in der Vergangenheit regional begrenzt bleiben. Ein politischer Flächenbrand ist nicht zu erwarten. Vor dem Nichts stehende Wanderarbeiter können sich nur sehr schlecht organisieren, die Mittelschicht ist im Großen und Ganzen nach wie vor zufrieden.

BZ: Auch die Chinesen tragen Mitschuld an der Krise. Sie haben mit ihrer unterbewerteten Währung, die die Exporte verbilligte, zum gigantischen Außenhandelsdefizit der USA beigetragen.

Peters: Und es gleichzeitig mit dem Kauf amerikanischer Staatsschuldverschreibungen mitfinanziert. China ist heute der größte Gläubiger der USA. Man sollte die Chinesen nicht dafür verantwortlich machen, dass Amerikaner und Europäer über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Böhme: Auch Amerikaner und Europäer haben von dem massiven Aufschwung in China profitiert. Viele westliche Firmen waren in den vergangenen Jahren wirtschaftlich erfolgreich in China.

ZUR PERSON

STEFAN PETERS

leitet seit 2008 das Schanghai Büro der Rechtsanwaltskanzlei Graf von Westphalen. Peters (geb. 1976) studierte Chinesisch und Jura.

HANNA BÖHME

Die Tochter des früheren Freiburger Oberbürgermeisters (geb. 1976) führt seit 2008 das German Centre. Böhme ist Ökonomin mit Schwerpunkt Asien.